

RAT DER STADT BIELEFELD

**Auszug
aus der Niederschrift
der Sitzung vom 07.03.2013**

**Zu Punkt 4.2
(öffentlich)**

Reduzierung der Anzahl der Beigeordnetenstellen, der Ratsmitglieder, der Stadtbezirke und der Bezirksämter (Antrag der BfB-Gruppe vom 14.02.2013)

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 5376/2009-2014

Herr Delius (BfB-Gruppe) erläutert, dass die wirtschaftliche Situation der Stadt Bielefeld noch nie so ernst gewesen sei und seine Gruppe deshalb - um mit gutem Beispiel voranzugehen - erneut beantrage, die Kosten, die vom Rat, der Bezirksvertretungen und der der Verwaltung verursacht würden, zu reduzieren. Bereits in der Zeit von Januar 2003 bis Ende 2007 sei die Stadt ohne Probleme von nur einem Oberbürgermeister und vier Dezernenten geführt worden und erst im Jahr 2008 sei aufgrund eines politischen Kompromisses der großen politischen Parteien ein fünfter Beigeordneter gewählt worden. Obwohl die Lage längst nicht so dramatisch wie heute gewesen sei, habe der Rat im Jahr 2003 beschlossen, die Anzahl der Ratsmitglieder und der Bezirksvertretungsmitglieder zu reduzieren, wobei die Anzahl der Ratsmitglieder allerdings später wieder erhöht worden sei. Wie bereits nach der Gebietsreform sollte ebenfalls darüber nachgedacht werden, die Bezirke effizienter zusammenzulegen ohne die Bezirke zu schwächen oder die Demokratie auszuhöhlen.

Herr Schmelz (Bürgernähe) macht deutlich, dass er die Notwendigkeit sehe, Kosten einzusparen. Eine hierarchisch organisierte Verwaltung sei in der Regel durch geringe Flexibilität und lange Informationswege gekennzeichnet. Ein Abbau der Hierarchie führe zu einer Verlagerung der Verantwortung und zu variantenreicheren Tätigkeiten. Er traue den Amtsleitern und Amtsleiterinnen eine Stärkung und ein höheres Maß an Verantwortung zu. Da auch der Haushaltsbegleitbeschluss u. a. eine Optimierung und Überprüfung der Verwaltungsstrukturen und die Vergrößerung von Leitungsspannen vorsehe, stimme er einer Reduzierung der Beigeordnetenstellen zu. Auch der Reduzierung der Anzahl der Ratsmitglieder könne er zustimmen. Allerdings trete er für mehr Bürgernähe und Bürgerbeteiligung (z.B. durch Erweiterung der Bürgerfragestunden und Kooperation mit Bürgerinitiativen in den Stadtbezirken) ein, weshalb er gegen die Reduzierung der Stadtbezirke und Bezirksämter sei.

Herr Ocak (Fraktion Die Linke) wirft der BfB-Gruppe vor, mit der vorgeschlagenen Reduzierung der Stadtbezirke und Bezirksämter einen Demokratieabbau zu bewirken. Gerade in der Bezirksvertretung werde Bürgernähe, Transparenz und lokale Politik erfahrbar und gestaltbar gemacht; die Fraktion Die Linke wolle an der Demokratie nicht sparen.

Herr Geil (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) findet es enttäuschend, dass die BfB-Gruppe zur Haushaltssanierung nichts anderes vorschläge als die Einsparung von Kosten der Demokratie. Diese gebe es nicht zum Nulltarif und wer negiere, dass Demokratie wie alle gesellschaftlichen Systeme Gesetzmäßigkeiten unterliege, mache schlechte Politik und werde am Ende Geld verschwenden. Auch die Einsparung von Dezernentenposten sei ein falscher Grundgedanke. Er erinnert daran, dass Mitte der 90er Jahre zwei Dezernenten wegen ihrer Parteizugehörigkeit abgewählt worden seien. Insgesamt sei es günstiger, fünf Dezernenten zu haben als vier Dezernenten und drei Pensionäre. Es gehe darum, ein stabiles System zu schaffen, in dem die drei größten Fraktionen, die 80% der Ratsmitglieder ausmachten, entsprechend im Verwaltungsvorstand repräsentiert würden. Über die übrigen Vorschläge der BfB-Gruppe könne man sprechen, dürfe sie aber nicht unbedingt mit Geld messen, sondern müsse prüfen inwieweit sie der Demokratie nützten.

Frau Geilhaar (fraktions- und gruppenloses Ratsmitglied) weist darauf hin, dass sie Einsparungsmöglichkeiten eher im Arbeitsmarktbereich sehe. Es müsse ein System geschaffen werden, in dem Menschen von ihrer Arbeit und nicht von Sozialleistungen leben könnten. Sie zitiert Herrn Oberbürgermeister Clausen, der sich dahingehend geäußert habe, dass drei Mio. € eingespart werden könnten, wenn die Menschen anständig verdienen würden.

Herr Sternbacher (SPD-Fraktion) erläutert, dass die BfB-Gruppe sich mit den vorgeschlagenen Einsparungen aus Sicht seiner Fraktion auf dem falschen Weg befinde. Gerade die Stadtbezirke, die eine Brücke zur Demokratie darstellen würden, hätten bereits viele Kürzungen (z.B. bei der Grünunterhaltung) mitgetragen und würden auch weiterhin auf mögliche Einsparungen achten. Die Stadt Bielefeld sei ein sehr großes Unternehmen, das verantwortliche Führung brauche. Die Politik benötige für ihre Entscheidungen in der Verwaltung qualitativ gute Partner/-innen, so dass die geforderte Abflachung der Hierarchie hier nicht geboten sei. Eine Reduzierung der Mitglieder des Rates würde für jedes bleibende Mitglied Mehrarbeit bedeuten, was angesichts des knappen Zeitrahmens der ehrenamtlich tätigen Personen unzumutbar sei. Seine Fraktion werde dem Antrag deshalb nicht zustimmen.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) erklärt, dass auch seine Fraktion den Antrag der BfB-Gruppe ablehnen werde. Hinsichtlich der Reduzierung der Beigeordnetenstellen stehe seine Fraktion zu den getroffenen Vereinbarungen, das Beigeordnetengremium im Verhältnis 2:2:1 zu besetzen. Gerade in den Krisenzeiten sei insbesondere die Verwaltungsspitze gefordert; einen Veränderungsbedarf sehe er hier nicht. Allerdings sei zu prüfen, ob Stäbe oder ggf. Zuschnitte verändert werden müssten. Die ehrenamtliche Tätigkeit müsse unter immer mehr werdenden Schwierigkeiten wahrgenommen werden. In Bielefeld seien die Ressourcen traditionell immer schon sehr knapp bemessen gewesen und Bielefeld sei nicht mit den Kommunen im Rheinland vergleichbar, die z. B. noch Fahrer beschäftigen würden. Die Politik habe bereits wesentliche Einsparbeiträge gebracht und werde sich auch weiterhin einbringen. Beispielhaft nennt er die Deckelung der Personalkosten bei den Fraktionszuwendungen (Verzicht auf Tarifsteigerungen), die Beteiligung an den Parkkosten, das Festlegen späterer Anfangszeiten für

Sitzungen (Reduzierung der Verdienstausfallentschädigungen), die Deckelung der Höchstbeträge der Verdienstausfall-Pauschale und das Beibehalten der reduzierten Mitgliederzahl in den Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretungen würden es ermöglichen, mit den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar im Gespräch zu bleiben und dürften nicht reduziert werden. Künftig müssten schwierige Entscheidungen getroffen und den Bürgerinnen und Bürgern vermittelt werden, weshalb es auch bei den 66 Ratsmitgliedern bleiben müsse.

Herr Buschmann (FDP-Fraktion) verweist auf den zu beschließenden Prüfauftrag im Haushaltsbegleitbeschluss (TOP 6), in den auch die Vorschläge der BfB-Gruppe miteinbezogen werden müssten. Es sei richtig zu prüfen, ob es noch der Leistungsfähigkeit der Stadt Bielefeld entspreche, wenn die Aufgaben in der bisherigen Form wahrgenommen würden. Seines Erachtens habe es jedoch wenig Sinn, jetzt einzelne Punkte herauszugreifen. Er schlage vor, den Antrag zurückzuziehen, die Grundgedanken in die Abarbeitung der Prüfaufträge miteinzubringen und dies als Gesamtpaket zu behandeln.

Abstimmung über den Antrag der BfB-Gruppe:

1. Die nächste frei werdende Stelle eines/einer Beigeordneten wird nicht wieder besetzt. Vorhandenen Referenten und Sekretärinnen werden innerhalb der Verwaltung umgesetzt.
 2. Die Zahl der Ratsmitglieder wird für die kommende Ratsperiode von derzeit 66 auf die gesetzlich zulässige Mindestzahl reduziert.
 3. Die Anzahl der Stadtbezirke und Bezirksämter wird unter Berücksichtigung § 35 GO NRW auf das zulässige Minimum reduziert. Ziel soll es dabei sein, die Beteiligung der verbleibenden Stadtbezirke bei der Erfüllung gemeindlicher Aufgaben zu stärken.
 4. Die Verwaltung wird beauftragt, dazu notwendige Änderungen (Hauptsatzung) in der nächsten Ratssitzung zur Entscheidung und Beschlussfassung vorzulegen. Die Entscheidung über Ziffer 3 des Antrages erfolgt nach der Sommerpause, aber rechtzeitig für die Gültigkeit zur Kommunalwahl 2014.
- bei 2 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen
mit großer Mehrheit abgelehnt -
